



## Pressemitteilung

Ansbach, 30. September 2011

*Bürgerinitiative bedauert fehlendes Entgegenkommen bei Transparenz und Schadstoffmessungen:*

Entlastung von Fluglärm und Abgasen weiterhin in der Ferne - "Politikwechsel statt Flickschusterei"

*Klare Aussagen der US-Kommandeure: Militärbasis mit Bürgerwohl in Ansbach nicht vereinbar*

Der Auftritt der Katterbacher US-Kommandanten im Ansbacher Stadtrat am 27.09. gibt wenig Grund zur Hoffnung für unter Fluglärm- und Abgasbelastung der Kampfhubschrauber leidende Menschen, befand jetzt der Vorstand der Bürgerinitiative „Etz langt's!“.

Die Militärs beließen es in punkto "guter Nachbarschaft" bei vagen Lippenbekenntnissen, anstatt der Bevölkerung durch konkretes Entgegenkommen im Rahmen ihres Zuständigkeitsbereichs den Willen zur Zusammenarbeit durch Taten zu fundieren, kritisierte die BI. So lehnten die Kommandeure Transparenz und Bürgerbeteiligung bei der "Lärmschutzkommission" ebenso kategorisch ab wie Luftschadstoffmessungen des Landesamt für Umweltschutz auf dem Katterbacher Flugfeld. Die Armeeführung befürchte offenbar, dass der Eindruck, die massive Feinstaubbelastung der bis zu 1.600 Liter JP-8-Kerosin pro Stunde verbrauchenden Helikopter sei "Klimakiller Nr.1" in Ansbach, offiziell bestätigt werden könnte. „Gute Nachbarschaft sieht anders aus“, kommentierten die zahlreich zur Anti-Fluglärm-Mahnwache erschienenen BI-Mitglieder.

Beide Kommandeure räumten ein, dass die einstimmige Forderung des Ansbacher Stadtrats nach einem Nacht- und Überflugverbot nicht umgesetzt werde, da zum Einen die Region "zu dicht besiedelt" sei und zum anderen "alle Flugbestimmungen eingehalten" würden. Damit machten die Militärs den Zielkonflikt zwischen Militärinteressen und Bürgerwohl erneut sehr anschaulich und bestätigten die Einschätzung der BI, dass zum Einen eine Basis dieser Größe nicht nach Mittelfranken passt und unmöglich mit der Lebensqualität der Bürger vereinbar ist. Zum Anderen sind die Flugbestimmungen für Katterbach und Illesheim mit Überflugrechten bis zwei Uhr nachts ohne Sperrzonen über bebautem Gebiet im Gegensatz zu den USA (Mindestabstand zur Wohnbebauung: eine Seemeile) viel zu lax.

„Dies zu ändern ist nicht Aufgabe der Befehlsempfänger in Uniform, sondern der deutschen Politik“, betonte der BI-Vorstand: „Es ist gut, dass die US-Offiziere deutlich gemacht haben, dass die massive US-Präsenz in Ansbach auf Fehlentscheidungen der Staatsregierung beruht.“ Dieser Scherbenhaufen müsse nun durch die Verantwortlichen in Land, Bund und auch in der Kommune – in einem ersten Schritt durch eine deutliche Verkleinerung der Militärbasen Ansbach und Illesheim-abgetragen werden. „Seit Dienstag ist klar, dass die Hoffnung auf Entlastung von Fluglärm und Abgasen nicht durch deklaratorische Flickschusterei zwischen Stadt und Armee sondern nur durch einen Politikwechsel, der in Ansbach mit aller Konsequenz den Menschen anstatt das Militär in den Mittelpunkt des Handelns stellt“, erklärten die Vorstände abschließend.